

Das neue Grundsatzprogramm der Grünen – eine ideologische und zeithistorische Einordnung

Als Ergebnis eines aufwändigen, seit 2018 andauernden „Programmprozesses“ mit mehreren Diskussions- und Beteiligungsphasen verabschiedeten die Grünen Ende 2020 ihr neues Grundsatzprogramm. Wie lässt sich dieses Programm ideologisch und zeithistorisch verorten?

von Dr. Deniz Anan

1. Einführung

Parteien geben sich in Erfüllung der entsprechenden Bestimmungen des Parteiengesetzes¹ in regelmäßigen Abständen ein neues Grundsatzprogramm. Bei den Grünen geschieht dies nach jeweils etwa 20 Jahren: Auf das 1980 beschlossene „Bundesprogramm“ folgte 2002 das Programm „Die Zukunft ist grün.“². Infolge der 1993 erfolgten Fusion mit Bündnis 90 legte die Partei zudem die gemeinsamen „Politischen Grundsätze“ vor. Die noch in den 1980er-Jahren üblichen, zwischen Grundsatz- und Wahlprogramm angesiedelten Aktionsprogramme mittlerer Reichweite (1983: „Sindelfinger Programm“, 1986: „Umbauprogramm“) sind zuletzt hingegen, wie bei den anderen Parteien auch, aus der Mode geraten.

Nicht zuletzt infolge des ungewöhnlich großen Zuspruchs der Grünen bei Wahlen und Umfragen – die Partei erzielte in den 2010er-Jahren mehrfach Ergebnisse oberhalb von 20 %, wurde bei der Europawahl 2019 klar zweite Kraft und stellt seit 2011 den Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg – und einer für 2021 erwarteten erneuten Beteiligung an der Bundesregierung war das (Medien-) Interesse an dem neuen Grundsatzprogramm groß. Wie würde sich die ehemalige Anti-Parteien-Parteien, die sich seit dem Ende der rot-grünen Bundesregierung als „Regierungspartei im Wartestand“ betrachtet, hier positionieren? Als mitteorientierte Reformpartei oder als Repräsentantin der außerparlamentarischen Klimabewegung? Würde das Programm eher Signale in Richtung einer Koalition mit SPD und Linken oder auf eine Kooperation mit der Union hin aussenden?

¹ Dessen § 6 bestimmt: „Die Partei muß eine schriftliche Satzung und ein schriftliches Programm haben.“

² Manche Beobachter*innen konstatierten daraufhin, die Partei habe sich zwischen 1980 und 2002 von einer ökosozialistischen zu einer liberalen Partei gewandelt. Vgl. Talshir, Gayil, A Threefold Ideological Analysis of Die Grünen: From Ecologized-Socialism to Political-Liberalism?, Journal of Political Ideologies 8 (2), 2003, S. 157-184. Andere sahen den Bruch weniger stark ausgeprägt.

Die Medienberichterstattung konzentrierte sich vor allem auf drei Aspekte: Erstens die Kurskorrektur bei den Elementen direkter Demokratie (Volksbegehren, Volksentscheid), die erstmals nicht mehr ausdrückliche Forderungen darstellen. Zweitens die Kontroverse um die Homöopathie. Und drittens die vorsichtige Akzeptanz der zuvor abgelehnten Grünen Gentechnik.

Im November 2020 wurde das Programm dann als Ergebnis eines aufwändigen, seit 2018 andauernden „Programmprozesses“ mit mehreren Diskussions- und Beteiligungsphasen von der (virtuellen) Bundesdelegiertenkonferenz beschlossen. Wie bei den Grünen üblich unter Einarbeitung einer vierstelligen Zahl an Änderungsanträgen. Der vorliegende Beitrag will mit Hilfe einer qualitativen Analyse den ideologischen Gehalt des Programms bestimmen und dieses zeithistorisch einordnen.

2. Methode

Zur Kategorisierung der im Programm bezogenen Positionen wird zunächst zwischen den beiden für den Parteienwettbewerb in Deutschland prägenden Konfliktdimensionen unterschieden: zum einen dem ökonomischen Konflikt zwischen sozialstaatlicher Intervention und Marktfreiheit, und zum anderen dem gesellschaftlichen Konflikt zwischen progressiv-libertärer und konservativ-autoritärer Gesellschaftsauffassung:³ Während Marktliberale eine weitgehende Marktsteuerung befürworten (Deregulierung, niedriges Steuer- und Abgabenniveau, flexible Arbeitsmärkte, residuales Transferleistungsregime, private Absicherung des Alters-, Krankheits- und Pflagerisikos) und die Bedeutung von Wettbewerb betonen, fordern Befürworter*innen von sozialstaatlicher Intervention umfassende, sozialpolitisch motivierte Eingriffe des Staates ins Wirtschaftsgeschehen (Umverteilung von Einkommen und Vermögen, Vorstellung einer gemischten Wirtschaft mit starkem öffentlichen Sektor, Beschäftigungsprogramme im Sinne der keynesianischen Globalsteuerung, Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich, Ausbau von Arbeitnehmerrechten, großzügiges Transferleistungsregime, öffentliche Absicherung im Alter und bei Krankheit). Anhänger*innen einer libertär-progressiven Gesellschaftsauffassung erstreben die Beseitigung benachteiligter Gruppen, die Trennung von Staat und Religion, eine permissive Sexualmoral, Multikulturalität, die strikte Einhaltung von Grundrechten und -freiheiten, zeigen sich offen für Migration und neigen zu pazifistischen Positionen. Verfechter*innen konservativ-autoritärer zeichnen sich hingegen durch eine Orientierung an traditioneller Moral und (christlicher) Religion, restriktive Sexualmoral, die Befürwortung repressiver Drogenpolitik, einer Skepsis gegenüber Multiethnizität

³ Vgl. Lipset/Seymour/Rokkan, Stein, Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments, in: Seymour Lipset/Stein Rokkan (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments, New York 1967, S. 1–64, Kitschelt, Herbert, Left-Libertarian Parties, Explaining Innovation in Competitive Party Systems, in: World Politics, Jg. 40, Bd. 2/1988a, S. 194–234 und Niedermayer, Oskar, Die Entwicklung des Parteiensystems bis nach der Bundestagswahl 2017, in: Uwe Jun/Oskar Niedermayer, Die Parteien nach der Bundestagswahl 2017, Wiesbaden 2020, S. 1–41, S. 4.

und Migration und den Wunsch nach sicherheitspolitisch gebotener Einschränkung von Freiheitsrechten zugunsten erweiterter Kompetenzen der Sicherheitsorgane aus.

Der ökonomischen Konfliktdimension werden die Politikfelder Wirtschafts-, Umwelt-, Verkehrs-, Energie-, Finanz-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wohnungsbaupolitik zugeordnet, der gesellschaftlichen Konfliktdimension die Gesellschafts-, Bildungs- und Forschungs- sowie Innen- und Rechtspolitik. Europa-, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik stellen weitere Gebiete jenseits der beiden innerstaatlichen Konfliktdimensionen dar.

Abb. 1:

Politikfelder und Analysedimensionen (eigene Darstellung)

Ökonomische Konfliktdimension: sozialstaatliche Intervention vs. Marktfreiheit	
Wirtschaftspolitik	staatliche Intervention (Regulierung vs. Deregulierung; Privatisierung vs. Sozialisierung); Wettbewerb; Wirtschaftsförderung
Umweltpolitik	Klimaschutz, Naturschutz, Tierschutz, Agrarpolitik
Verkehrspolitik	Bus und Bahn, Luftverkehr, Kfz-Verkehr, Rad- und Fußverkehr
Energiepolitik	Energieerzeugung, Energietransport, Energieeffizienz
Finanzpolitik	Steuern und Abgaben; Haushalt; Euro
Arbeitsmarktpolitik	Regulierung vs. Flexibilisierung; atypische Beschäftigung; Arbeitslosenversicherung; Löhne / Einkommen / Arbeitszeit; Mitbestimmung
Sozialpolitik	Arbeitslosengeld II / Sozialhilfe / Grundsicherung (Lebensstandardsicherung vs. Existenzsicherung); Rentenversicherung; Krankenversicherung; Pflegeversicherung; Minijob
Wohnungsbau- politik	Wohnungsbau, Mietmarkt
Gesellschaftliche Konfliktdimension: progressiv-libertäre vs. konservativ- autoritäre Gesellschaftsauffassung	
Gesellschaftspolitik	Migration / Asyl / Staatsbürgerschaft; Religion; Ehe / Familie / Partnerschaft / Sexualität; Drogen
Bildungs- und Forschungspolitik	Schule, Hochschule, Forschung (v.a. gesellschaftspolitische Aspekte)
Innen- und Rechtspolitik	Überwachung: Datenschutz; Polizei; Justiz; Demokratie; Medien / Internet

Dimension Internationale Politik

Europapolitik, Außenpolitik, Internationale Politik, Sicherheits- und Verteidigungspolitik
--

Die Analyse fasst die wesentlichen Programmaussagen in den jeweiligen Politikfeldern zusammen und gleicht diese sowohl mit den Ideologien als auch mit früheren programmatischen Positionen der Grünen ab. Üblicherweise weisen Grünen-Programme zu unterschiedlichen Anteilen insbesondere eine große Nähe zu den beiden Großideologien Sozialismus⁴ und Liberalismus und zu ökologischen Vorstellungen auf, welche jedoch allenfalls als „dünne Ideologie“⁵ betrachtet werden, da hiervon keine Aussagen zu allen Politikfeldern abgeleitet werden können.⁶

Parteiprogramme eignen sich gut als politikwissenschaftliche Analysequelle, weil sie den Parteien eindeutig zuzuordnen sind und verbindliche Aussagen zu allen Politikfeldern enthalten. Allerdings enthalten sie nicht durchweg Priorisierungen und sind oft strategisch verfasst, z. B. indem sie Dissens zurückstellen oder koalitionspolitische Signale aussenden (Däubler 2012: 355, Merz/Regel 2013: 214). Die in den Programmen gefundenen Formulierungen und Kompromisse geben als kleinster gemeinsamer Nenner aller Flügel und Gruppen zudem Auskunft über die innerparteiliche Machtarchitektur (John 2010). Programme erfüllen unterschiedliche Funktionen: So sind Wahlprogramme eher nach Außen gerichtet und dienen der Profilbildung und Werbung. Grundsatzprogramme richten sich ins Parteiinnere und dienen unter anderem der Identifikation und Integration (Kaack 1971: 401-403). Parteiprogramme bestehen üblicherweise aus drei Bestandteilen: Darlegung der Grundwerte, Darstellung des Status quo („Realanalyse“ / „Zeitanalyse“) und, aus der Gegenüberstellung hiervon abgeleitete und hier im Mittelpunkt stehende, Forderungen (Stammen 1996: 27-31; Kaack 1971, Kremendahl 1979). Beim diachronen Vergleich ist der unterschiedliche Zeitkontext zu beachten: Eine Forderung, wie etwa der Ruf nach Einführung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft für Homosexuell bei gleichzeitiger Nicht-Öffnung der Ehe für Schwule und Lesben würde etwa für die 1980er-Jahre als sehr progressiv, heute hingegen als eher konservativ gelten.

3. Analyse

3.1. Aufbau

⁴ „Sozialismus“ oder bezeichnet hier die sozialdemokratischen, kommunistischen und anderen linken Parteien gemeinsame Ideologie und nicht Regierungssysteme wie den „real existierenden Sozialismus“ der DDR.

⁵ Lucardie, Paul, Zur Typologie der politischen Parteien, in: Frank Decker/Viola Neu, Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden 2007, S. 62-78, S. 64 f.

⁶ So lassen sich aus ökologischem Gedankengut zwar recht leicht wirtschafts- und umweltpolitische, aber nur schwer rechts- oder bildungspolitische Forderungen ableiten.

Das neue Grundsatzprogramm umfasst 136 Seiten. Das ist für Grünen-Programme eher kurz: Das bisherige Grundsatzprogramm hatte 190 Seiten, das Wahlprogramm 2013 über 300. Der Titel ‚...zu achten und zu schützen ...‘ [-] Veränderung schafft Halt.“ spielt einerseits auf die in Artikel 1 des Grundgesetzes verankerte Garantie der Menschenwürde an, und betont andererseits die Notwendigkeit, Reformen und Stabilität miteinander in Einklang zu bringen. Dieser an das Entwicklungsideal des Comteschen Positivismus von „Ordnung und Fortschritt“⁷ erinnernde Topos ist für die Grünen doppelt relevant: So verweist die Partei einerseits inhaltlich darauf, dass angesichts des Klimawandels nur durch umfassende Veränderungen gewohnte Lebensweisen beibehalten werden können, hat aber andererseits in ihrer eher kurzen Geschichte, bei zahlreichen Konstanten, selbst mehrere Veränderungen durchgemacht. Neben Vorwort, Präambel und Stichwortregister gliedert sich das Programm in acht nummerierte Kapitel, die jeweils einem Politikfeld-Bündel gewidmet sind. Der Text ist zudem in 435 thesenartige, fortlaufend nummerierte Absätze unterteilt.⁸

3.2. Präambel und Grundwerte⁹

Zu den Wurzeln und den sie tragenden Bewegungen zählt die Partei (neben Umwelt-, Anti-Atom-, Frauen-, Friedens-, Homosexuellen-, Eine-Welt- und Bürgerrechtsbewegung in West und Ost) nun auch ausdrücklich die Klimabewegung. Zudem bezeichnet sich die Partei nun als „Bündnispartei“¹⁰. Beides weist auf die Bedeutung der Klimaaktivist*innen rund um „Fridays for Future“ hin, auf deren Anbindung an die Partei die Grünen natürlich hoffen, welche aber auch schon in der Form regionaler Klimalisten als parteipolitische Konkurrenz aufgetreten sind.¹¹ Die Grünen beschreiben sich selbst zudem als „basisdemokratische Partei“¹², was insofern überrascht, als die Grundsatzprogramme von 1993 und 2002 – mit Blick auf die in der Abschaffung des Rotationsprinzips bzw. der Einschränkung der Trennung von Amt und Mandat zum Ausdruck kommenden gewandelten basisdemokratischen Anspruches – „Demokratie“ anstatt wie 1980 noch „Basisdemokratie“ als Grundwert benannten und die Professionalisierungstendenzen der Partei seitdem eher ausgebaut wurden. Dass der erste Satz des Programms nun „Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch (...)“¹³ lautet belegt den Wandel im Selbstverständnis, da 1980 die Abgrenzung gegen den Anthropozentrismus noch als Kerncharakteristikum der Grünen gelten konnte. In dem Umstand, dass die Partei außerdem eingangs die (zu bekämpfende) Umweltzerstörung mit der Gestaltbarkeit der Welt durch den Menschen gedanklich

⁷ Prominent symbolisiert etwa in der, das Motto „Ordem e Progresso“ abbildenden, Flagge Brasiliens.

⁸ Diese Aussage dienen auch als Grundlage der Zitationen.

⁹ Vgl. Präambel und Absätze (Abs.) 1-54.

¹⁰ Präambel.

¹¹ So erzielte die Klimaliste Baden-Württemberg bei der Landtagswahl im März 2021 immerhin 0,9 %.

¹² Präambel.

¹³ Abs. 1.

verbindet, ist zweifelsohne eine legitimierende Funktion mit Blick auf eine erneute Regierungsbeteiligung zu sehen.

Als Grundwerte benennt die Partei nun „**Ökologie, Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Demokratie und Frieden**“¹⁴. Wie 2002 wird durch das Flügel-übergeifend konsensfähige Schlagwort „Selbstbestimmung“ der Begriff der „Freiheit“ vermieden, der insbesondere bei der Programmdiskussion 2002 als mutmaßlich zu FDP-nah auf den Widerstand des linken Parteiflügels gestoßen war.¹⁵

Die potenziell konfliktive Beziehung einzelner Grundwerte zueinander wird dabei nicht verschwiegen, sondern offen thematisiert, etwa, wenn es, entgegen häufig artikulierter Vorwürfe, die Grünen vernachlässigten wirtschaftlich schwache Bevölkerungsgruppen, heißt, „(...) ökologische Politik [muss] soziale Interessen immer mit einbeziehen.“¹⁶ Die Partei erläutern die einzelnen Werte – nicht ohne Redundanz – ausführlich und ist darum bemüht, gegenseitige Bezüge aufzuzeigen. So heißt es beispielsweise, Umweltschutz und gute öffentliche Infrastrukturen erhöhten die individuelle Selbstbestimmung, Umweltzerstörung hingegen befördere soziale Ungleichheit.¹⁷ In dem Argument, individuelle Freiheit benötige eine materielle Basis, ist ein klassisch sozialliberales Denkmuster zu erblicken. Zudem fällt auf, dass die Grünen, ähnlich wie die FDP, häufig den Begriff der „Fairness“ bemühen, dieses begrifflich zwischen „Gleichheit“ bzw. „Gerechtigkeit“ einerseits und (Markt-) „Freiheit“ andererseits angesiedelte Etikett gleichwohl etatistischer verstehen als jene.

Viele Topoi können als Konstanten grüner Programmatik gelten, etwa der Verweis auf die planetaren Grenzen in Zurückweisung der Vorstellung grenzenlosen Wachstums. Das Programm gibt sogar die klassische Aussage „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt.“, in der Frühzeit Gegenstand eines bekannten Plakatmotivs, wieder.¹⁸ Auch die Vorstellung einer um ökologische Aspekte sozialen Marktwirtschaft („sozial-ökologische Marktwirtschaft“¹⁹) stellt eine solche Konstante dar. Diese Konzeption beinhaltet durchaus ein ausdrücklich positives Bekenntnis zur Freiheit, und zwar auch zur Freiheit in ökonomischen Zusammenhängen, wie die Aussagen „Politik hat die Aufgabe, die Freiheit und das Recht zur Selbstbestimmung

¹⁴ Abs. 1 (Hervorhebung durch den Verfasser). 1980 umfasste der Grundwertekanon noch **ökologisch – sozial – basisdemokratisch – gewaltfrei**, 1993 **Menschenrechte – Ökologie – Demokratie – soziale Gerechtigkeit – gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern – Gewaltfreiheit** und 2002 dann **Ökologie – Selbstbestimmung – Gerechtigkeit – Demokratie – Menschenrechte – Gewaltfreiheit**.

¹⁵ Vgl. Switek, Niko, Bündnis 90/Die Grünen, Koalitionsentscheidungen in den Ländern, Baden-Baden 2015, S. 110.

¹⁶ Abs. 13.

¹⁷ Vgl. Abs. 7, 13.

¹⁸ Abs. 11.

¹⁹ Abs. 25.

zu schützen.“ und „Selbstbestimmtes Leben setzt wirtschaftliche Freiheit voraus.“ belegen.²⁰ Auch die freiheitlichen Aspekte liberaler Demokratien, also Rechtsstaatlichkeit, individuelle Freiheitsrechte und Gewaltenteilungen werden, vermutlich vor dem Hintergrund des Erstarkens so genannter „illiberaler Demokratien“, ausdrücklich betont. Auch „kulturellen Relativismus“ weisen die Grünen ausdrücklich zurück.²¹ Andererseits greift das Programm in dem Rekurs auf Leitbilder wie „gute, nachhaltige Arbeit“²² auf (um Ökologie ergänzte) klassische linke Topoi zurück, und legt ein weites, die reine Existenzsicherung deutlich übersteigende, soziokulturelle Teilhabe beinhaltendes Verständnis von sozialer Gerechtigkeit zu Grunde, und stellt sich somit gerade nicht hinter das marktliberale Credo „sozial ist, was Arbeit schafft“.

Die Partei rekurriert sehr stark auf Wissenschaftlichkeit, was teils Gegenstand interner Debatten war, etwa wenn Stimmen darauf verwiesen, die Rezeption wissenschaftlicher Erkenntnisse müsse nicht nur beim Klimaschutz, sondern auch bei der Bewertung der Homöopathie eine Rolle spielen. Die Aussage, von der Demokratie lebe von „Voraussetzungen, die sie selbst nicht garantieren kann“²³ erinnert überraschenderweise an das als eher konservativ geltende Böckenförde-Diktum.²⁴ Mit Blick auf die internationale Sphäre konstatiert die Partei, die Beendigung von Kriegen sei ein mittel- und langfristiges Ziel, was, die pazifistische Tradition fortschreibend, die Akzeptanz von Realpolitik erkennen lässt.

3.3. Ökonomische Politikfelder

Wie bei den bisherigen Grundsatz- und Wahlprogrammen der Grünen steht das Ziel der „sozial-ökologische[n] Transformation“²⁵ im Zentrum der **Wirtschaftspolitik**.²⁶ Die Grünen sprechen davon, es werde „(...) Wachstum in bestimmten Bereichen wichtig sein, andere Bereiche werden schrumpfen.“ Diese Vorstellung, wonach durch finanzielle Anreize, aber auch durch staatliche Ge- und Verbote, ein mit einem Ausbau bestimmter Wirtschaftssektoren (z.B. erneuerbare Energien, öffentlicher Nahverkehr) korrespondierender Rückgang von als problematisch erachteten Bereichen (z.B. Chemieindustrie, Rüstungsproduktion) erreicht werden sollte, ist eine Konstante grüner Programmatik, spätestens seit dem „Sindelfinger Programm“ (1983) und dem „Umbauprogramm“ (1986). Konkret erklärt die Partei „Automobil- und Chemieindustrie sowie der Maschinenbau (...) müsst[en] sich neu erfinden (...)“.²⁷ Inzwischen

²⁰ Abs. 27, 30.

²¹ Abs. 50.

²² Abs. 25.

²³ Abs. 36.

²⁴ Böckenförde, Ernst-Wolfgang, Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: Karl Doehring (Hrsg.). Säkularisation und Utopie, Stuttgart u. a. 1967, S. 75–94, S. 60.

²⁵ Abs. 93.

²⁶ Vgl. Abs. 91, 135, 140, 141, 146, 203-206, 215, 260, 261, 274-276, 410.

²⁷ Abs. 120.

firmiert dies auch unter dem Label der „Dekarbonisierung der Wirtschaft“.²⁸ Als zentrales Instrument hierfür wird der seit dem Europawahlprogramm 2009 angeführte, begrifflich an die Wirtschafts- und Sozialreformen Franklin D. Roosevelts in den 1930er-Jahren anknüpfende und das Bild einer Neuverteilung²⁹ hervorrufende „Green New Deal“³⁰ betrachtet. Auch die Idee, wonach Preise „die ökologischen Kosten“³¹ beinhalten müssten, ist ein konstanter grüner Topos. Volkswirtschaftlich gesehen geht es den Grünen also um die Internalisierung externer Kosten (z.B. Umweltschäden), damit ökologisch und volkswirtschaftlich schädliches Verhalten auch betriebswirtschaftlich nicht mehr sinnvoll ist. Die Grünen bekennen sich aber eindeutig zur „sozial-ökologischen Marktwirtschaft innerhalb klarer Leitplanken und mit Gemeinwohlorientierung“ und betonen die Bedeutung von „Wachstum, Effizienz, Wettbewerb und Innovation“ – auch wenn diese klar als „Mittel zum Zweck“, und nicht etwa als Selbstzweck gesehen werden.³²

Die Grünen fordern daher auch eine, der deutschen sozialen Marktwirtschaft eher wesensfremde „aktive Industriepolitik“³³, betonen das Ziel des Arbeitsplatzerhalts und zeigen sich (z.B. im EU-Kontext) sehr kritisch gegenüber Deregulierung, Privatisierung und Ausgabenkürzung. Allerdings seien umweltschädliche Subventionen abzubauen. In Bemühung eines weiteren klassischen grünen Topos verweist die Partei auf den Gegensatz zwischen (materiellem) Wohlstand und (immaterielle Aspekte wie etwa Gesundheit einschließender) Lebensqualität und der Notwendigkeit alternativer Messmethoden zur Bestimmung des gesamtgesellschaftlichen Wohlstands.³⁴ Die Partei will, dass ökologisch motivierte Abgaben an anderer Stelle an die Bürgerinnen und Bürger zurückfließen, was der (allerdings nicht ausdrücklich benannten) „Klimageld“-Konzeption entspricht, welche davon ausgeht, dass eine Pro-Kopf-Rückzahlung von Umweltabgaben dem sozialen Ausgleich dient und durch Setzen entsprechender Anreize gleichwohl das Klima merklich entlastet. Grünen-typisch sind auch die Rufe nach Ausbau der Gemeinwohlökonomie und Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Auch der gleiche Zugang zu „essenziellen Gütern Daseinsvorsorge, Wasser, Strom, gesunder Ernährung, Mobilität und Breitbandanschluss“³⁵ und die Angleichung der Lebensbedingungen werden als staatliche Aufgaben gesehen,

²⁸ Abs. 15.

²⁹ „New Deal“ bedeutet das Einsammeln und Neuausteilen der Spielkarten im Kartenspiel.

³⁰ Abs. 103.

³¹ Abs. 95.

³² Abs. 100.

³³ Abs. 118.

³⁴ Abs. 100, 102.

³⁵ Abs. 92.

wobei hier im Sinne der 1994 erfolgten Neufassung von Art. 72 GG die Gleichwertigkeit, und nicht die Einheitlichkeit im Vordergrund steht.³⁶ Die Grünen rufen nach einer neuen Gemeinschaftsaufgabe „regionale Daseinsvorsorge“.³⁷ Unter anderem sollten Infrastrukturen und öffentliche Räume in Stadt und Land gleichermaßen garantiert werden, Behörden und Bildungseinrichtungen seien bevorzugt in ländlichen Räumen anzusiedeln.

Die Marktwirtschaft und deren Dynamik werden ausdrücklich gelobt, allerdings wird parallel die Rolle des Staates, auch, aber nicht nur aus ökologischen Motiven heraus hervorgehoben. So gelten auch die Herstellung von Transparenz, der Schutz vor Marktmissbrauch und die Gewährleistung von Wettbewerb als staatliche Aufgaben in der Wirtschaftspolitik. Die Partei ruft ausdrücklich nach dem Aufbrechen von Monopolen, dem Schutz kritischer Infrastrukturen und Schlüsselindustrien sowie eigener europäischer Produktion in systemrelevanten oder kritischen Bereichen wie Medizin. Dies spiegelt die zunehmende Wahrnehmung Chinas als Bedrohung und den diesbezüglichen Entkopplungsdiskurs³⁸ wider. Die Grünen betonen die Bedeutung von Sphären jenseits des Marktes („frei zugängliches Wissen um frei zugängliche Gemeingüter“, unbezahlte Arbeit, „klare Leitplanken aus Steuer-, Abgaben- und Ordnungsrecht“), betrachten die Gewährleistung von Infrastrukturen (auch „sozialer Infrastrukturen“ wie bezahlbarem Wohnraum) und die idealerweise kostenlose Bereitstellung öffentlicher Güter (Freizeit, Kultur) als wirtschaftspolitische Ziele. Die digitale Ökonomie sei umfassend zu regulieren, Ziele seien unter anderem, nichtkommerzielle europäischer Alternativen zu den US-amerikanischen Techkonzernen. Auch Finanzmarktregulierung, Trennbankensystem, ausreichende Eigenkapitalvorgaben und Haftungsregeln für Banken, aber auch Existenzgründerförderung durch Wagniskapital werden gefordert.³⁹ Die Grünen erklären, wohl um auch im Kontext des „Verbotspartei“-Diskurses zu betonen, dass staatliche Regelsetzung in der Wirtschaft nicht mit einer umfassenden Einschränkung des Individuums einhergehen solle: „Es ist Aufgabe der Politik, bessere Regeln zu schaffen, nicht den besseren Menschen.“⁴⁰

Letztlich entspricht die wirtschaftspolitische Konzeption der Grünen, wie auch in den bisherigen Programmen der letzten 20 Jahre, derjenigen einer um ökologische Aspekte erweiterten Sozialen Marktwirtschaft, also einer Öko-Sozialen Marktwirtschaft.⁴¹

³⁶ Abs. 204.

³⁷ Abs. 204.

³⁸ Vgl. u.a. Siemons, Mark, China und der Westen : Die Zweiteilung der Welt, FAS, 24.05.2020, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/welche-bedrohung-die-abkopplung-des-westens-von-china-birgt-16782728.html>.

³⁹ Abs. 132, 133, 127.

⁴⁰ Abs. 99.

⁴¹ Vgl. Anan, Deniz, Parteiprogramme im Wandel, Ein Vergleich von FDP und Grünen zwischen 1971 und 2013, Wiesbaden 2017.

Mit Blick auf die internationale Sphäre befürworten die Grünen Freihandel, allerdings nur unter den Bedingungen von Fairness, demokratischer Kontrolle, Transparenz und einer Reform der WTO. „Großmachtpolitik“⁴² wird zurückgewiesen. Die zuvor gegenüber TTIP und CETA kritischen Grünen haben ihre Position angesichts von Donald Trump und der Doktrin „America first!“ zumindest leicht angepasst. Ungleichgewichte im Welthandel, also z.B. die starke Exportorientierung Deutschlands, seien abzubauen, wobei offengelassen wird, ob dies bevorzugt durch stärkere Importe oder verstärkte Investitionen in der Binnenwirtschaft erfolgen sollte.

Der Umstand, dass die Partei die **Umweltpolitik**⁴³ an den Anfang ihres Programms stellt, belegt die naturgemäß hohe Bedeutung dieses Politikfelds.⁴⁴ Grünen-Programme behandeln die Umweltpolitik traditionell nicht nur deutlich detaillierter und länger als andere Parteien, sie erheben auch den Anspruch alle Politikfelder ganzheitlich ökologisch zu bearbeiten, und Umweltpolitik nicht als reparatives Gegenstück zu einer (umweltzerstörenden) Wirtschaftspolitik zu verstehen.⁴⁵ Noch stärker als bisher stehen der Klimaschutz und das internationale Abkommen von Paris im Mittelpunkt, was den allgemeinen Bedeutungsgewinn des Klima-Themas belegt. Als zentrales Instrument werden der globale Budget-Ansatz (also verbindliche nationale CO₂-Restbudgets), 100 % erneuerbare Energien und der schnelle, vollständige Ausstieg aus Gas, Öl und Kohle genannt. Die Begründung hierfür ist durchaus markliberal: Angesichts des zu erwartenden globalen Wandels sichere ein schneller Ausstieg Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit eher als ein langsamer. Wie gewohnt werden zudem umfangreiche und detaillierte Forderungen nach Artenschutz, Naturschutz und Ökologisierung der Landwirtschaft erhoben. Neu ist das Argument, der Schutz von Ökosystemen sei auch in der Bekämpfung von Pandemien hilfreich.

In der **Energiepolitik**⁴⁶ betont die Partei zusätzlich die Notwendigkeit dezentraler Energieerzeugung, der Realisierung einer europäischen Energieunion und die eindeutige Ablehnung von Atomkraft und Kernfusion.

Auch in der **Verkehrspolitik**⁴⁷ ist die Dekarbonisierung das Globalziel. Mobilität wird als Mittel der Beförderung von Freiheit, aber auch als Teil der öffentlichen Da-

⁴² Abs. 411.

⁴³ Vgl. Abs. 55-62, 68-78, 93, 110, 120.

⁴⁴ Im Wahlprogramm 2009 stand, im Kontext der Finanzkrise und der finanzpolitischen Ambitionen des damaligen Co-Spitzenkandidaten Jürgen Trittin abweichend die Wirtschafts- und Finanzpolitik an erster Stelle.

⁴⁵ Vgl. exemplarisch die Aussage der „Politischen Grundsätze“ (1993): „Wir brauchen den Mut, eine ganzheitliche (...) Neubestimmung (...) des Wirtschaftens (...) durchzusetzen. (...) Ökologie ist deshalb mehr als Umweltpolitik (...).“ (S. 26).

⁴⁶ Vgl. Abs. 55, 63-67.

⁴⁷ Vgl. Abs. 79-85, 87-88.

seinsvorsorge verstanden. Notwendig seien eine Mobilitätswende und eine Ausrichtung der öffentlichen Förderung von Verkehrsträgern nach ihrem jeweiligen ökologischen Fußabdruck, also vor allem ein Ausbau von öffentlichem Nahverkehr (ÖPNV), Fahrrad- und Fußverkehr. Im ÖPNV verlangt die Partei eine zunehmende öffentliche Finanzierung „über niedrige Pauschaltarife bis hin zu Kostenlos-Angeboten“⁴⁸, was als elegante Kompromissformel gelten kann, hinter der sich Befürwortern und Gegnern des Nulltarifs versammeln können. Neben einer Verkehrsvermeidung, u.a. durch Homeoffice, auch hier zeigt sich der Niederschlag der Corona-Pandemieerfahrung, gelte es, die Bahn, unter anderem durch die Reaktivierung von Regionalbahnstrecken und ein europäisches Nachtzugnetz massiv auszubauen. Kurzstreckenflüge und kleine Regionalflughäfen sollen auf diese Weise „überflüssig werden“.⁴⁹ Außerdem seien Infrastruktur und Betrieb bei der Deutschen Bahn, auch das ist eine langjährige Konstante, zu trennen.

In der **Finanzpolitik**⁵⁰ räumen die Grünen dem Steuersystem etwas weniger Raum ein als in den Wahlprogrammen der letzten Zeit. Als Ziele werden Gerechtigkeit, Verständlichkeit und Effizienz benannt. Fiskalpolitik solle der Finanzierung öffentlicher Aufgaben dienen, aber auch Dynamik auslösen. Auch hier zeigen sich somit sowohl sozialistische als auch liberale Topoi. Die Grünen streben in allgemeiner Form die höhere Besteuerung von Vermögen an „leistungslose[n] Einkommen“⁵¹ wie Erbschaften an, welche zumindest teilweise vorrangig für Bildungsausgaben zu verwenden, seien und mindestens das Ausmaß der Besteuerung von Erwerbseinkommen erreichen sollten. Dies hätte mit Blick auf die heutige Verteilung eine enorme Anhebung der Erbschafts- und Vermögensbesteuerung zur Folge.⁵² Die Steuerpolitik sollte, so die Grünen, eine „gleichere Verteilung von Einkommen, Vermögen, Erbschaften und Chancen“⁵³ bewirken. In stärkerem Maße solle die Besteuerung am Ort des Konsums erfolgen; auch die Besteuerung von Energie- und Ressourcenverbrauch sei zu erhöhen. Insbesondere im EU-Kontext sprechen sich die Grünen gegen eine „destruktive Sparpolitik“⁵⁴ aus und rufen nach antizyklischer Wirtschaftspolitik im Sinne Keynes': „Insbesondere die Haushaltspolitik muss einen Beitrag leisten, das

⁴⁸ Abs. 81.

⁴⁹ Abs. 84.

⁵⁰ Vgl. Abs. 97, 130-140, 260, 276, 319, 325, 341, 401.

⁵¹ Abs. 148.

⁵² Nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes entfallen vom Gesamtsteuereinkommen von 740 Milliarden Euro etwa 297 Milliarden Euro auf die Lohn-, Einkommen-, Ertrags- und Abgeltungssteuer aber nur 8,6 Milliarden auf die Erbschaftssteuer; die Vermögenssteuer wird faktisch nicht erhoben (<https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Steuern/Steuereinnahmen/Tabellen/steuerhaushalt-kassenmaessige-steuereinnahmen-vor-steuerverteilung.html>).

⁵³ Abs. 325.

⁵⁴ Abs. 302.

Auf und Ab der Konjunktur auszugleichen und tiefe wirtschaftliche Krisen zu verhindern.“⁵⁵ Sie betonen aber, getreu der keynesianischen Gedankenfigur, wonach während Boomphasen die in wirtschaftliche schwierigen Zeiten aufgenommenen Schulden zurückzuzahlen sei, die Notwendigkeit, sorgsam mit öffentlichen Finanzen umzugehen und die langfristigen Handlungsspielräume nachfolgender Generationen erhalten. Allerdings heißt es auch, öffentliche Investitionen sicherten diese Spielräume besser als Austerität, da die günstige Kreditfinanzierung derzeit gute Renditen lieferte. Der Staat müsse zudem für eine höhere Finanzausstattung der Kommunen und die Einhaltung des Konnexitätsprinzips sorgen, Altschuldenhilfe leisten und ein „Investitionsprogramm Daseinsvorsorge“⁵⁶ auflegen. Die öffentliche Hand, so die Grünen, solle nicht nur die Finanzmärkte bis hin zum Verbot kurzfristiger und spekulativer Finanzströme, stärker regulieren, sondern auch Steuerhinterziehung und Schwarzgeld entschiedener bekämpfen und eine Vorreiterrolle bei der nachhaltigen Ausgestaltung von Kapitalanlagen spielen.

Zu den klassischen Forderungen zählt die Ablösung des Ehegattensplittings durch Individualbesteuerung und gezielte Familienförderung für neu geschlossene Ehen. Nun heißt es auch, das gesamte Steuer-, Arbeits- und Sozialrecht müsse geschlechtsneutral wirken. Mit Blick auf die europäische Ebene fordern die Grünen eine Fiskal- und Sozialunion einschließlich einer „Arbeitslosenrückversicherung“⁵⁷ und, in Abkehr von dem bislang gerade in Deutschland dominanten Paradigmas der strikten Geldwertorientierung, die Erweiterung des EZB-Mandats auf Wohlstands- und Beschäftigungssicherung.

In der **Arbeitsmarktpolitik**⁵⁸ besetzen die Grünen Positionen, die auf der Konfliktachse zwischen Marktfreiheit und sozialstaatlicher Intervention sehr nahe am Pol der sozialstaatlichen Intervention angesiedelt sind. So fordert das Programm Vollzeitlöhne in einer Höhe, „dass man davon auskömmlich leben kann“ und ein „starkes Arbeitsrecht“⁵⁹. Hierunter versteht die Partei „faire Löhne, ein armutsfester Mindestlohn, Lohngleichheit bei gleicher und gleichwertiger Arbeit, klare Vorgaben zu Arbeits- und Gesundheitsschutz“ und einen „effektive[n] Kündigungsschutz“⁶⁰. Der Grundsatz unbefristeter Beschäftigung müsse gelten. Die Grünen wollen Mitbestimmung, Sozialpartnerschaft und Tarifbindung, etwa im Kontext öffentlicher Ausschreibungen, ausbauen und streben „starke Gewerkschaften“⁶¹ an. Angemessen hohe Ausbildungsvergütungen werden ebenso angemahnt wie ein Recht auf mobiles Arbeiten, großzügige Regelungen zu Erziehung-, Pflege- und Weiterbildungszeiten

⁵⁵ Abs. 137.

⁵⁶ Abs. 276.

⁵⁷ Abs. 324.

⁵⁸ Vgl. Abs. 131, 209, 303-317, 324.

⁵⁹ Abs. 303-04.

⁶⁰ Abs. 305.

⁶¹ Abs. 305.

und ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung sowie „solidarische“ Weiterbildungsfinanzierung.⁶² Auch Geringqualifizierte müssten am Arbeitsmarkt partizipieren, und beide Geschlechter müssten gleichgestellt sein. Die Grünen wollen die Arbeitslosenversicherung für Selbständige öffnen und verweisen, vermutlich mit Blick auf die jüngsten Tarifabschlüsse mit entsprechender Wahloption, auf den Bedeutungsgewinn von Freizeit gegenüber Einkommenssteigerungen. Die Digitalisierung der Arbeitswelt sei, etwa mit Blick auf die weiterhin gebotene Regulierung der Arbeitszeit, positiv zu gestalten. Die Partei kontrastiert hier die angestrebte „Freiheit und Selbstbestimmung“ mit dem marxistischen Begriff von „Überforderung und Entfremdung“⁶³.

Auch in der **Sozialpolitik**⁶⁴ erhebt das Programm zahlreiche Forderungen nach Ausbau sozialstaatlicher Intervention: So konstatiert die Partei die Notwendigkeit, Hartz IV zu „überwinden“ und durch eine sanktionsfreie Sicherung zur Garantie des soziokulturellen Existenzminimums und eine besondere Absicherung von Kindern ersetzen. Hartz IV, das die Partei in der rot-grünen Bundesregierung entgegen vorheriger programmatischer Aussagen mitgetragen hatte,⁶⁵ kann somit als ein gewisses Trauma gelten – bereits 2005 begann die Distanzierung der Partei von diesem Projekt. Die weitreichenden Folgen eines deutlich höheren, sanktionsfreien Arbeitslosengeldes II für die Sozialstaatsarchitektur werden jedoch nicht reflektiert.⁶⁶ Die Begründung ist klassisch sozialliberal: Nur eine großzügige Absicherung gegen Armut ermögliche Selbstbestimmung. Am Ziel der Setzung von Anreizen für Erwerbsarbeit wollen die Grünen aber, ohne das zu spezifizieren, festhalten, das gesamte soziale Transferregime außerdem langfristig in das Steuersystem integrieren.

Die Gewährleistung einer guten Gesundheitsversorgung und die Garantie gleichen Zugangs hierzu betrachten die Grünen als öffentliche Aufgabe. Entscheidende Kriterien dürften nur Patientenbedarf und medizinisch Gebotenes sein, nicht etwa wirtschaftliche Erwägungen. Die Partei will dies in Gestalt einer „Bürg[er]versicherung „,[s]olidarisch finanziert“⁶⁷ sehen, also – auch dies stellt eine jahrzehntelange Konstante dar – gesetzliche und private Krankenversicherung zusammenführen. Auch Solo-Selbständigen soll die gesetzliche Krankenversicherung offenstehen. Die Grünen rufen nach dem Ausbau der Hebammenversorgung, der Stärkung pflegender Angehörige und einer dezentralen Pflegestruktur mit bedarfsgerechten kommunalen

⁶² Abs. 311.

⁶³ Abs. 310.

⁶⁴ Vgl. Abs. 209, 216-218, 228-246, 259, 260, 300-302, 306, 308, 315, 320-323, 325-331.

⁶⁵ Die Grünen-Programme hatten zwar die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe befürwortet, aber hierfür ein deutlich höheres Niveau als das der früheren Sozialhilfe vorgesehen.

⁶⁶ So wären durch die Möglichkeit des Aufstockens sehr viel breitere Schichten anspruchsberechtigt. Durch die zahlreichen Befreiungen für Alg-II-Empfänger*innen würden die Transferkosten vermutlich stark steigen. Die Sanktionsfreiheit könnte zudem die Beschäftigung sinken lassen und somit zu Mindereinnahmen an Steuern und Sozialabgaben führen.

⁶⁷ Abs. 239.

und ambulanten Angebote. Außerdem wird der präventive Charakter grüner Klima- und Wohnungsbaupolitik für die Gesundheit betont. Vergleichsweise große Medienaufmerksamkeit⁶⁸ hatte die Haltung zur Homöopathie ausgelöst, nachdem Teile der Partei, die seit ihrer Gründung eine sehr positive Sicht hierauf hat, parallel zur Klimadebatte eine stärkere Wissenschaftlichkeit, und somit die Abschaffung der Kostenerstattung durch gesetzliche Krankenkassen, angemahnt hatten. Im Programm findet sich hierzu ein klassischer Formelkompromiss, indem eine intensivierete Forschung zur Wirksamkeit von Naturheilverfahren angemahnt wird.

Auch in der Rentenversicherung fordern die Grünen den Erhalt der Umlagefinanzierung und deren „[W]eiterentwick[lung]“ zu einer einheitlichen „Bürgerversicherung“.⁶⁹ Auch Einwanderung, die Vermeidung prekärer Einkommen und eine erhöhte Frauenerwerbstätigkeit könnte das aus demografischen Gründen unter Druck geratene System stabilisieren. Im Sinne der 2019 beschlossenen Grundrente wird für langjährig Versicherte ein Rentenniveau oberhalb der Grundsicherung, ggf. durch „unbürokratisch[e] und würdevoll[e] [Aufstockung]“⁷⁰ gefordert. Mit Blick auf die in die Kritik geratene kapitalgedeckte Riester-Vorsorge wird eine öffentliche Verwaltung mit dem Ziel einer risikoarmen, renditestarken Beteiligung von Kleinanlegern am Produktivvermögen im Sinne des – allerdings nicht benannten – schwedischen öffentlichen Pensionsfonds angemahnt. Die Grünen wollen zudem die UN-Behindertenrechtskonvention voll umsetzen und soziale Grundrechte wie das Recht auf Wohnen nennen, allerdings ohne Details zum Status dieser Rechte zu nennen.⁷¹

Entsprechend wird die Bedeutung der **Wohnungsbaupolitik**⁷² betont. Wohnen wird als „soziale Frage“ und als Voraussetzung für „Freiheit, Würde und Selbstbestimmung“⁷³ bezeichnet. Die Grünen wollen dem Mangel durch eine Ausweitung des öffentlichen, gemeinnützigen und sozial gebundenen Wohnraums begegnen. Die Partei legt dar, dass Grund und Boden aus ihrer Sicht einer „besonderen Sozialpflichtigkeit“⁷⁴ unterlägen. Daher müssten Renditen begrenzt werden und Liegenschaften verstärkt in „öffentliches oder gemeinwohlorientiertes Eigentum“⁷⁵ überführt werden, ggf. auf dem Wege der Vergesellschaftung. Insbesondere sei die Wohnraum speculation eindämmen und ein soziales Gewerbemietrecht zu schaffen. Grünen-typisch

⁶⁸ Vgl. Schulte, Ulrich, Glaubenskrieg um Globuli, 19.10.2019, <https://taz.de/Gruene-und-Homoeopathie/!5629256/>.

⁶⁹ Abs. 328.

⁷⁰ Abs. 329.

⁷¹ So erscheint es fraglich, ob diese nach dem Muster der bisherigen Grundrechte individuell einklagbar sein könnten.

⁷² Vgl. Abs. 86, 89, 212-214, 246.

⁷³ Abs. 212.

⁷⁴ Abs. 129.

⁷⁵ Abs. 129.

ist zudem ein ökologischer Blick auf die Baupolitik: So betont die Partei die Bedeutung von Energieeffizienz und energetischer Sanierung („Bauwende“⁷⁶) und des Leitbild der „kurzen Wege“⁷⁷. In Gebieten mit hohem Zuzug müsse auch Neubau akzeptiert werden, Vorrang genießen aber Vorrang Nachverdichtung, nachhaltiges und flächensparendes Bauen.

3.4. Gesellschaftliche Politikfelder

In den Passagen zur **Gesellschaftspolitik**⁷⁸ betonen die Grünen die hohe Bedeutung individueller Freiheit, sehen diese aber in Verbindung mit sozialer Gerechtigkeit und dem Schutz von Minderheiten und vor Diskriminierung. Postulate wie „Die offene Gesellschaft (...) findet [ihre Grenzen] (...) in den Rechten und Freiheiten der Mitmenschen.“⁷⁹ können gleichwohl als klassisch liberal gelten. Das Programm befürwortet ausdrücklich Demokratie, Rechtsstaat, Freiheitsrechte, Minderheitenschutz und unabhängige Justiz – also die wesentlichen Aspekte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Der veränderte Kontext angesichts der gestiegenen Bedeutung der sozialen Medien im Zeitalter von „Fake News“ zeigt sich darin, dass die Grünen zwar weiterhin die Meinungsfreiheit hoch halten, nun aber zeitgleich „Hass und Hetze“⁸⁰ zurückweisen. Auch die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird klar betont.

Die Grünen zeigen sich wie immer sehr offen für Migration und verwenden auch den Begriff der „Einwanderung“, und nicht den teils als weniger weitgehend empfundenen „Zuwanderung“. Das Programm konstatiert: „Deutschland ist ein Einwanderungsland.“⁸¹ und leitet hiervon die Forderungen nach einem Einwanderungsgesetz, anstelle des 2005 beschlossenen Gesetzes zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung, und nach Wiederaufnahme des Familiennachzugs ab. Der Charakter des Asylrechts als individuellem Grundrecht wird hervorgehoben, das Verfahren der sicheren Drittstaaten und der Status der Duldung werden kritisiert. Als Ziel wird ein gemeinsames EU-Asylrecht „mit hohen Standards“⁸² benannt. Vielfalt und Pluralität stellen die Grünen als Realität dar. Daher wollen sie die gleichberechtigte Teilhabe von Migranten zum Staatsziel erklären die doppelte Staatsbürgerschaft und den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft von Geburt an erleichtern, indem alleine der rechtmäßige Aufenthalt eines Elternteils anstatt der bisherigen Mindestaufenthalts-

⁷⁶ Abs. 90.

⁷⁷ Abs. 214.

⁷⁸ Vgl. Abs. 178, 179, 182-202, 207-211, 213-227, 243, 247, 265, 284-287, 297-299, 317, 426-428.

⁷⁹ Abs. 182.

⁸⁰ Abs. 252.

⁸¹ Abs. 426.

⁸² Abs. 432.

dauer von 8 Jahren hierfür maßgeblich sein solle, und das Wahlrecht auf alle dauerhaft in Deutschland Ansässigen ausdehnen. Ohne hiervon konkrete Forderungen abzuleiten, wie eine parteiintern vereinzelt geforderte Migrant*innen-Quote, wird die Vielfalt auch als Auftrag für eigenes Parteileben bezeichnet.

Die Partei betont den Wert kultureller Pluralität, und schließt das Recht auf Nichtreligiosität und Religionskritik ausdrücklich ein; sie positioniert sich somit klar gegen die religiös motivierte Relativierung von Grundrechten und Verfassungsordnung. Wie in Grünen-Programmen üblich wird einerseits die positive Rolle der Kirchen in bestimmten Zusammenhängen betont, andererseits das Prinzip der weltanschaulichen Neutralität des Staates in Erinnerung gerufen. Das deutsche Kooperationsmodell solle „zu einem pluralen Religionsverfassungsrecht weiterentwickelt werden“⁸³; allerdings müsse es auch im kirchlichen Bereich volles Mitbestimmungs- und Streikrecht geben. In einem eigenen Kapitel wird die Anerkennung des Islam als öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaft, aber gleichzeitig dessen Staatsferne angemahnt. Auch dem Judentum, hier wird die besondere Wertschätzung jüdisches Leben und die Ablehnung jeglichen Antisemitismus dargelegt, den Sinti und Roma sowie den autochtonen nationalen Minderheiten und den Regionalsprachen werden eigene Abschnitte gewidmet. Die Grünen-Programme werden hier im Laufe der Zeit immer detaillierter. Auch die Erinnerungskultur ist ein Thema: Hier stehen Holocaustgedenken und DDR-Geschichte im Vordergrund, und die Grünen rufen nach weiterhin offenem Zugang zu den Stasi-Akten, im Fokus, aber auch das Gedenken an Einwanderung und Dekolonisierung. In der Drogenpolitik, wo sich die Partei in den vergangenen Jahren noch progressiver positioniert als zuvor schon, wird nach einem „Paradigmenwechsel“ mit den Schwerpunkten Schadensminimierung, Entkriminalisierung und kontrollierte Abgabe bei gleichzeitiger Stärkung des Nichtraucherschutzes gerufen. Auch das vom Verfassungsgericht 2020 bekräftigte Recht auf selbstbestimmtes Sterben postulieren die Grünen.

Traditionsgemäß stellen die Geschlechterparität und gleiche Rechte für queere Menschen weitere Schwerpunkte dar. Das Programm beinhaltet umfangreiche und sehr detaillierte Forderungen zum Ausbau der Rechte von Frauen, LGBTTiQ+ und Nichtbinären. Neben Quoten sind dies unter anderem volle Rechte für nicht-konventionelle Familien, die vollständige Legalisierung der Schwangerschaftsunterbrechung, samt Kostenübernahme durch die Krankenkassen, flächendeckende flexible Betreuungsangebote, die gerechtere Aufteilung sowie die verbesserte Anerkennung der Sorge- und Hausarbeit. Eigens erwähnt werden die Vereinbarkeit von nicht nur Beruf, sondern auch politischem Mandat und Familie, und die Gleichberechtigung der Geschlechter in der digitalen Welt. Auch die Kinderrechte stellen einen eigenen Punkt dar. Die Grünen fordern hier die von der Regierung Merkel IV zwar grundsätzlich beschlossenen, aber nicht umgesetzten Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz

⁸³ Abs. 191.

sowie den Schutz von Kindern im digitalen Raum. Zudem stellen sich die Grünen ausdrücklich hinter die, von der AfD, aber auch der FDP zuletzt im bisherigen Umfang in Frage gestellten öffentlich-rechtlichen Medien.

Die **Bildungs- und Forschungspolitik**⁸⁴ wird stark in Kontext von Teilhabe, Selbstbestimmung und der Überwindung von Ungleichheit gesehen. Der Abbau ungleicher Startbedingungen sei eine wichtige staatliche Aufgabe; Ziel müsse gleichberechtigter Zugang zu (höherer) Bildung, Durchlässigkeit und ein vom Elternhaus unabhängiger Bildungserfolg sein. Die Grünen rufen nach einer Ausbildungsgarantie für Schulabsolventen, einer hochwertigen frühkindlichen Bildung, hohen Qualitätsstandards erfüllenden Ganztagschulen, gebührenfreiem Studium und dem Ausbau der Hochschul-Selbstverwaltung (bundesweit Verfasste Studierendenschaften). Die Bildungsausgaben müssten deutlich steigen und sollten sich an der OECD-Spitze orientieren; für Kitas und Grundschulen wird ausdrücklich eine Verdopplung der Ausgaben gefordert. Kleine Schulen im ländlichen Raum seien zu erhalten. Grünen-typisch ist, dass neben Inklusion auch die Bildung für nachhaltige Entwicklung, interkulturelle Bildung und eine Problematisierung von Rollenbildern angemahnt wird. Auch der im Programm skizzierte, im Vergleich zu früher stärker differenziertere Blick auf die (Grüne) Gentechnik, wo nun eher Regulierung als Verbote gefordert werden, hatte große Medienaufmerksamkeit verursacht.⁸⁵ Die entsprechende Passage hat, gerade im Vergleich zum Programmentwurf, deutlichen Kompromisscharakter; angemahnt wird nun vor allem „mehr Forschung“ hierzu.

Die Abschnitte zur **Innen- und Rechtspolitik**⁸⁶ weisen Freiheitsrechten eine zentrale Bedeutung zu. Allerdings betont das Programm auch hier, im sozialliberalen Sinn, die materielle Basis individueller Freiheit und erklärt: „Freiheitsrechte bleiben ein Privileg von wenigen, wenn die sozialen Voraussetzungen nicht beachtet werden.“⁸⁷ Die Grünen rufen sogar nach Ergänzung des Grundrechtekatalogs um, im Gegensatz zum Grundgesetz beispielsweise in der Weimarer Reichsverfassung, der EU-Grundrechtecharta oder der niederländischen Verfassung verankerte, soziale Grundrechte wie dem Recht auf Wohnen, allerdings ohne zu erwähnen, ob diese, was schwer vorstellbar erscheint, den Charakter individuell einklagbarer, vorstaatlich geltender Rechte haben sollten. Die Grünen rufen, den Zielkonflikt beider Prinzipien weitgehend ausblendend, nach umfassender Transparenz und Datenschutz. So solle es mit Blick auf Bundestag und Regierung Transparenzregeln, Karenzzeiten und ein Lobbyregister geben, außerdem einen „legislativen Fußabdruck“⁸⁸ zur Nachvollziehbarkeit des Einflusses organisierter Interessen. Auch bei der Parteienfinanzierung

⁸⁴ Vgl. Abs. 152-169, 255, 316, 332-355.

⁸⁵ Vgl. Zinkant, Kathrin, Sind die Grünen Partei der Wissenschaft - oder nur wenn es passt?, SZ, 20.11.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/gruene-gentechnik-wissenschaft-1.5121155>.

⁸⁶ Vgl. Abs. 170-177, 180, 181, 248-259, 261, 263-274, 276-299.

⁸⁷ Abs. 301.

⁸⁸ Abs. 267.

sollten gesenkte Schwellenwerte bei der Veröffentlichungspflicht und eine Spenden-Obergrenze die Einflussnahme begrenzen und die Transparenz erhöhen.

Großes Medienecho fand der Umstand, dass das neue Grundsatzprogramm zwar die Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch beratende Bürgerräte mit zufällig gelosten Mitgliedern fordert, aber erstmals nicht mehr ausdrücklich die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid verlangt. Dieser bemerkenswerte Bruch mit der bisherigen Programmtradition kann nur vor dem Hintergrund verstanden werden, dass vor allem der Brexit und der ausdrückliche Ruf der AfD nach Einführung direktdemokratischer Instrumente, der Partei die – von der vergleichenden Politikwissenschaft schon immer artikulierte – Tatsache vor Augen geführt haben, dass direkte Demokratie manipulative Elemente beinhalten und grünen Ideen diametral entgegengesetzte politische Entscheidungen zur Folge haben kann.⁸⁹

Der Programmtext verlangt die konsequente Verfolgung von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Insbesondere Rechtsextremismus und Islamismus seien zu bekämpfen, Extremismusprävention und politische Bildung auszubauen. Die Grünen betonen besonders die Bedeutung der Kunstfreiheit und wiederholen ihre traditionelle Forderung nach Neuordnung der Verfassungsschutzbehörden, in Gestalt einer Trennung von wissenschaftlicher Beobachtung und Nachrichtendienst. Sehr viel stärker als in manchen früheren Programmen hebt die Partei die positive Rolle der Polizei hervor. Diese müsse man unter anderem personell gut ausstatten. Allerdings verweisen die Grünen hier weiterhin auf Defizite und rufen sowohl nach „diskriminierungssensibler Aus- und Weiterbildung“⁹⁰ und unabhängigen Polizeibeauftragten. Mit der Feststellung, das Strafrecht dürfe nur letztes Mittel sein und sei zu in Gestalt der Entkriminalisierung von „Bagatelldelikten wie Schwarzfahren“ „zu entrümpeln“⁹¹ greift der Text programmatische grüne Klassiker auf. Gleiches gilt für den Ruf nach einem humanen Strafvollzug unter dem Leitbild der Resozialisierung. Eine gute Schutz- und Beratungs-Infrastruktur für Opfer, unter anderem von sexualisierter Gewalt, verlangen die Grünen ebenso wie Sensibilisierung und Monitoring von Diskriminierung und Rassismus.

Freiheitsrechte seien auch im Kontext der Digitalisierung unverzichtbar. „Offenheit“ müsse als „Leitprinzip“⁹² für den Umgang mit Daten, Software, Standards und Schnittstellen fungieren. Wichtig seien nichtkommerzielle Räume; freier Zugang zu Informationen, freie Kommunikation und ein schneller Internetzugang seien heute als Freiheitsrechte zu verstehen. Auch deshalb wollen die Grünen die Digitalökono-

⁸⁹ Im Erstarken von Populismus und Autoritarismus, in der Präsidentschaft Donald Trumps und in der so genannten „Postfaktizität“ ist ein weiterer Hintergrund dieses programmatischen Wandels zu sehen.

⁹⁰ Abs. 289.

⁹¹ Abs. 292.

⁹² Abs. 172.

mie regulieren und Datenmonopole mithilfe von Open Data, Open Source, hohen Datenschutz- und Verbraucherschutzstandards und dem anonymisierten allgemeinen Zurverfügungstellen großer Datenmengen verhindern. Diese Schwerpunktsetzung weist auf eine neue innen- und rechtspolitische Konstellation hin, in der Staat und Techkonzerne gleichermaßen als Gefährder individueller Freiheit gesehen werden. Zudem müsse es immer das Prinzip menschlicher Haftung für Algorithmen geben: Insbesondere automatisierte Entscheidungen über Leben und Tod dürfe es nicht geben. In der EU erblicken die Grünen einen Gegenentwurf zu sowohl autoritärer Überwachung als auch „ungezähmte[n] Datenkapitalismus“⁹³. Das Grundsatzprogramm hebt die Bedeutung von Bürgerinitiativen, NGOs und Gewerkschaften wieder stärker hervor und verweist, fast wie in der Frühzeit der Partei, auf die positive Funktion von Protest und zivilem Ungehorsam.

3.5. Internationale Politik

Die Aussagen zur **Internationalen Politik**⁹⁴ sind stark von dem Hintergrund eines zunehmenden „Systemwettbewerb[s]“ zwischen liberalen Demokratien einerseits und autoritären/totalitären Regimen andererseits geprägt. Auch dies zeigt, wie sich die Welt mit Blick auf Brexit, Trump und den Aufstieg Putins und Erdogans verändert hat. Im Zentrum steht die ausdrückliche Befürwortung von Multilateralismus und Internationalen Organisationen. Mehrfach wird das Ziel einer „Föderalen Europäischen Republik“ betont: Die EU solle eine Verfassung, eigene Steuereinnahmen und ein Zweikammerparlament mit Initiativrecht, Mehrheitsentscheidungen sowie umfassender Zuständigkeit erhalten, nach Außen als „Friedensmacht“⁹⁵ auftreten und Binnenmarkt und soft power für die Beförderung von Menschenrechten, Grundwerten und Nachhaltigkeit nutzen. Die Grünen wollen zudem eine gemeinsame europäische Außen- und Verteidigungspolitik (GASP/ESVP). Im Falle von Blockaden sollten Gruppen von Staaten verstärkt zusammenarbeiten.

Die einst Nato- und Militär-kritische Grünen befürworten nun ohne Wenn und Aber die „Beteiligung an Systemen kollektiver Sicherheit“, fordern aber gleichzeitig das Primat der zivilen Krisenprävention und Konfliktlösung vor dem Militärischen ein. Militärische Gewalt können sei nur als „äußerstes Mittel“ zu akzeptieren; eine Beteiligung der Bundeswehr an Kampfeinsätzen dürfe es nur bei einer Einbettung in ein Gesamtkonzept, das Völkerrecht oder ein System kollektiver Sicherheit geben, nicht jedoch im Rahmen einer „Koalition der Willigen“⁹⁶. Die UN genießen aus Grünen-Sicht hier Vorrang vor der NATO, dennoch solle Deutschland aber als verlässlicher

⁹³ Abs. 180.

⁹⁴ Vgl. Abs. 138-141, 180, 181, 262, 271-273, 282, 324, 356-425, 429-435.

⁹⁵ Abs. 361.

⁹⁶ Abs. 394.

Bündnispartner agieren. Für die UN erstreben die Grünen die Abschaffung des Veto-rechts im Sicherheitsrat und qualifizierte Mehrheitsentscheidungen in der Generalversammlung.

Deutschland solle Klimaschutz, LGBTiTTQ+-Rechte, gewaltfreie Konfliktbearbeitung und anderes auch auf internationaler Ebene vorantreiben. So sei die Klimakrise auch eine Bedrohung der globalen Sicherheit. Das Programm ruft zudem nach weltweiter Abrüstung und einem Ende der nuklearen Teilhabe Deutschlands. Es enthält zudem klare Kritik an „der nationalistischen und rückwärtsgewandten Politik Russlands“.⁹⁷ Internationale Kooperation solle rechthebasierte sein und einen postkolonialen, anti-rassistischen Charakter aufweisen. Teil dieses Konzepts sind eine gerechte Weltwährungsordnung und eine Wechselkursstabilisierung. Die Grünen rufen auch in der internationalen Sphäre danach, Migration als Realität anzuerkennen und zu regeln. Insbesondere bei der Seenotrettung dürfte es keine Kriminalisierung von Menschenrechtsaktivitäten geben. Ein Recht auf Flucht und die Bekämpfung von Fluchtursachen müssten Hand in Hand gehen.

3.6. Fazit

Das neue Grundsatzprogramm schreibt den Trend der Wahlprogramme seit 2005 fort: Ökonomisch sind die Grünen sehr nah am Pol der sozialstaatlichen Intervention angesiedelt. Allerdings finden sich, allerdings im geringeren Ausmaß als 2002, vereinzelt einige wenige marktliberale Kontrapunkte. Dies deutet auf einen großen Einfluss dominanter Paradigmen, der „politischen Großwetterlage“⁹⁸ hin: In den frühen 2000er-Jahren, als der politisch-mediale Diskurs sehr stark von marktliberalen Ideen (Deregulierung, Privatisierung, Flexibilisierung) beherrscht wurde, positionierten sich auch die Grünen entsprechend, wenn auch weit weniger radikal als CDU/CSU und FDP. Seitdem die entsprechenden Diskussionen im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise nach 2007 und der deutlich verbesserten Situation von Wachstum und Beschäftigung wieder stärker von einer Akzeptanz staatlicher Rahmensetzung geprägt ist, ist auch die Positionierung der Grünen nun eine andere.⁹⁹ Da der Höhepunkt marktliberaler Dominanz mit der Amtszeit rot-grünen Bundesregierung 1998-2005 einhergeht, lässt sich die Neupositionierung freilich auch koalitionspolitisch interpretieren: Aus dieser Perspektive wären die Grünen, aus dem Korsett von Rot-Grün befreit, schlicht zu den bereits in den 1980er- und frühen 1990er-Jahren vertretenen ökonomischen Positionen zurückgekehrt. In jedem Fall vertreten die Grünen aber nicht einfach klassische sozialstaatsinterventionistische Positionen, sondern reichern diese um den Gesichtspunkt der ökologischen Transformation der Wirtschaft

⁹⁷ Abs. 400.

⁹⁸ Stammen, Theo, Systematische Einführung, in: Theo Stammen u.a., Programme der politischen Parteien in Deutschland, München 1996, S. 11-53., S. 26.

⁹⁹ Vgl. Anan 2017.

an. Zentrale Gedankenfigur ist das Konzept der „Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft“.

Gesellschaftlich sind die Grünen sehr stark am libertär-progressiven Pol zu verorten. Obwohl die Partei weiter auf den Begriff der „Selbstbestimmung“ zurückgreift, verwendet sie auch den Begriff der „Freiheit“, zum Teil auch das Begriffspaar „Freiheit und Selbstbestimmung“. Eine einfache Stichwortanalyse fördert 100 Nennungen von „Freiheit“, die 22-malige Verwendung von „Selbstbestimmung“ und 5 Rekurse auf „Freiheit und Selbstbestimmung“ zu Tage. Die 2002 noch stark präsenten Hemmungen, sich das vermeintlich bei der FDP zu verortende Schlagwort der „Freiheit“ zu eigen zu machen, scheinen also geschwunden zu sein.

Wie schon im Wahlprogramm 2017 sind die Grünen erkennbar um eine Verringerung der Angriffsfläche bemüht: Das Reizwort „Veggie Day“ wird vermieden, der Ruf nach Steuererhöhung wird nur vorsichtig erhoben. Gleichzeitig stellt sich die Partei als eine Art parlamentarischer Arm der Klimabewegung und als konsequente Anwältin ökologischer Anliegen dar. Diese breite Aufstellung kann sich als elektoral vorteilhaft erweisen, kommt aber auch einem Balanceakt gleich, wenn man sich vor Augen führt, welche große Enttäuschungen die Regierungsbeteiligung 1998 bei einem Teil der, zahlenmäßig damals deutlich kleineren, Anhängerschaft auslöste.

Der im Vergleich zu 2002 deutlich veränderter Zeithintergrund ist klar ablesbar: Der mit „Fridays for Future“ einhergehende Bedeutungsgewinn des Klima-Themas korrespondiert mit weitreichenden Forderungen, einer veränderten Wortwahl und dem neu-alten Selbstbild als „Bündnispartei“ der sozialen Bewegungen. Aber auch die in Folge von Brexit, Trump, Fake News, „Kontrafaktizität“, soziale Medien und der Herausforderung durch autoritäre Regime veränderte Weltlage spiegelt sich eindeutig, ebenso wie die Regulierung und Umverteilung wieder stärker akzeptierende Post-Finanzkrisen-Paradigma in der Ökonomie (siehe oben). Auch der technische Wandel und vor allem die Digitalisierung haben im Programm ihre Spuren hinterlassen. So werden traditionelle Topoi wie Freiheits- oder Frauenrechte nun öfter digital gerahmt, also im digitalen Kontext präsentiert. Insbesondere im gesellschaftlichen Bereich spiegeln sich zudem gesellschaftliche Wandlungsprozesse wie die Pluralisierung: War früher von „Schwulen und Lesben“ die Rede, so wird nun die Situation von „LSBTIQ*“ und „nichtbinäre[n]“ Menschen thematisiert. Auch Juden, Muslime, Sinti/Roma, die autochtonen nationalen Minderheiten (also Friesen, Dänen und Sorben) und die Regionalsprachen finden ausdrückliche Erwähnung. Dies ist sicher auch im Kontext einer Avantgarde-Funktion zu sehen, die die Grünen für sich in Anspruch nehmen: Wenn Schwulen- und Lesbenrechte etwa in der Gesamtgesellschaft stärker akzeptiert werden, so beleuchten die Grünen neue Handlungsfelder, die insgesamt eher als vernachlässigt gelten müssen.

Im Vergleich mit früheren programmgeschichtlichen Epochen auffallend ist die ausdrückliche Befürwortung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung Deutschlands. Von der einstigen Fundamentalkritik der bundesrepublikanischen Ordnung – das erste Grundsatzprogramm rief noch nach einer Generalamnestie für Atomkraftgegner*innen und der Abschaffung der §§ 88 a (Gewaltbefürwortung)⁶⁶, 90 a (Staatsverunglimpfung) und 130 a (Anleitung zu Straftaten) – ist nicht mehr viel übrig. Dies belegt die zunehmende Verankerung der Partei in der gesellschaftlichen Mitte samt der bewussten Akzeptanz dieses Prozesses. Ein Grundgesetz-Zitat als Programmtitel, das korrespondiert zudem mit entsprechende Äußerungen von Spitzenpolitikern, etwa wenn die frühere Parteivorsitzende Claudia Roth öffentlich fordert „Lasst uns Verfassungsschützer sein!“¹⁰⁰ Auch in der internationalen Sphäre fällt ein solcher Kontrast auf, wenngleich sich hier der eigentliche Wandel schon in den 1990er- und 2000er-Jahren abgespielt hat. Die Partei lässt an der eindeutigen Befürwortung von EU-Integration von NATO-Mitgliedschaft, und unter bestimmten Umständen auch von bewaffneten Auslandseinsätzen und Freihandel, nun keinen Zweifel mehr.

Wie jedes Programm zeichnet sich auch dieses durch Kontinuität und Wandel aus: Konstanten sind vor allem langjährige Topoi wie die ökologische Transformation der Wirtschaft, die umfassenden und detaillierten ökologische Forderungen, der Ruf nach Kreislaufwirtschaft, das Verständnis von Ökologie als weit über reparative „Umweltpolitik“ hinausgehend, die ökologische Wahrheit von Preisen, die Rolle von Umweltschutz bei der Gesundheitsprävention, die Unterscheidung von Lebensqualität und Lebensstandard, die „Bürgerversicherung“, die Individualbesteuerung anstelle des Splittings, das Anmahnen von Frauenrechten, das Ziel der Neuordnung des Verfassungsschutzes oder die residuale Funktion des Strafrechts. Einem Wandel unterlagen hingegen, wie in der Medienberichterstattung hervorgehoben, die revidierte Position zur direkten Demokratie und die mit Hilfe von Formelkompromissen bereinigten Kontroversen zu Gentechnik und Homöopathie. Während sich einige Positionen, wie etwa die Akzeptanz von Regierungsbeteiligung, Verfassungsordnung, EU und NATO eher in den letzten zwei Jahrzehnten sozusagen linear entwickelten, weisen andere, einem zyklischen Muster folgend, eher Parallelen zum ersten Grundsatzprogramm auf. Das betrifft Teile der ökonomischen Kapitel, aber auch die Positionen zu Drogen oder Ausländerwahlrecht: Hier erhebt die Partei nach einer zwischenzeitlichen Mäßigung wieder eher radikale Positionen.

Möchte man den ideologischen Standort der Grünen bestimmen, so spiegelt sich in dem neuen Grundsatzprogramm, wie auch in den Wahlprogrammen seit 2009, ein um Ökologie angereicherte Verbindung sozialistischen und liberalen Gedankenguts

¹⁰⁰ Zitiert nach: Rindt, Claudia, Die grüne Energie-Spritze, Beim Neujahrsempfang der Grünen in Konstanz erntet Claudia Roth viel Applaus, Südkurier, 20.01.2019, <https://www.suedkurier.de/region/kreis-konstanz/konstanz/Die-gruene-Energie-Spritze-Beim-Neujahrsempfang-der-Gruenen-in-Konstanz-erntet-Claudia-Roth-viel-Applaus;art372448,10024958>.

wider: Das Programm steht ökonomisch sehr nahe am Pol der sozialstaatlichen Intervention und ist gesellschaftlich klar progressiv; zum Teil enthält es ausdrücklich sozialliberale Topoi. Ob man die Grünen auf der Basis ihres neuen Programms als zwar linke und ökologische, aber auch liberale, oder hingegen im Spektrum des demokratischen Sozialismus verortet, hängt mit Blick auf die zahlreichen geforderten staatlichen Eingriffe ins Wirtschaftsleben letztlich sehr stark von der Liberalismuskonzeption ab: Fasst man diese weit, so zählen die heutigen Grünen programmatisch zum „Ökosozialliberalismus“, fasst man sie eng, so wird man sie zum freiheitlichen Segment des „Ökosozialismus“ zählen.

4. Ausblick

Das neue Grundsatzprogramm der Grünen ist ungeachtet einiger gewichtiger Korrekturen vor allem ein Update klassischer grüner Programmatik an die Bedingungen der digitalisierten, Post-Brexit- und Post-Trump-Welt. Es offenbart das Selbstverständnis einer Partei, die ihre Regierungsbereitschaft nach anderthalb Jahrzehnten Opposition erkennbar betont, sich andererseits die Nähe zur Klimabewegung auf die Fahnen schreibt. Die Dauerhaftigkeit dieses Selbstbildes wird stark davon abhängen, ob, in welcher Rolle und wie lange die Partei nach September 2021 der Bundesregierung angehören wird, und wie gut es ihr gelingen wird, antagonistische Erwartungen und Rollen zu integrieren. Das inzwischen auch verabschiedete Wahlprogramm 2021 stellt in nahezu idealtypischer Weise eine Konkretisierung der eher allgemein gehaltenen Postulate des Grundsatzprogramms dar und enthält, gut ablesbar etwa an den Aussagen zur Steuerpolitik, detaillierte, konkrete Forderungen in vollem Einklang mit „...zu achten und zu schützen ...“ – Veränderung schafft Halt.“.

5. Quellen- und Literaturverzeichnis

Bündnis 90/Die Grünen, „...zu achten und zu schützen ...“ – Veränderung schafft Halt.“, Grundsatzprogramm, Berlin 2020, https://cms.gruene.de/uploads/documents/20200125_Grundsatzprogramm.pdf.

Anan, Deniz, Parteiprogramme im Wandel, Ein Vergleich von FDP und Grünen zwischen 1971 und 2013, Wiesbaden 2017.

Böckenförde, Ernst-Wolfgang, Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: Karl Doehring (Hrsg.). Säkularisation und Utopie, Stuttgart u. a. 1967, S. 75–94, S. 60.

Lipset, Seymour/Rokkan, Stein, Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments, in: Seymour Lipset/Stein Rokkan (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments, New York 1967, S. 1–64.

Lucardie, Paul, Zur Typologie der politischen Parteien, in: Frank Decker/Viola Neu, Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden 2007, S. 62-78.

Kitschelt, Herbert, Left-Libertarian Parties, Explaining Innovation in Competitive Party Systems, in: World Politics, Jg. 40, Bd. 2/1988a, S. 194-234.

Niedermayer, Oskar, Die Entwicklung des Parteiensystems bis nach der Bundestagswahl 2017, in: Uwe Jun/Oskar Niedermayer, Die Parteien nach der Bundestagswahl 2017, Wiesbaden 2020, S. 1-41, S. 4.

Rindt, Claudia, Die grüne Energie-Spritze, Beim Neujahrsempfang der Grünen in Konstanz erntet Claudia Roth viel Applaus, Südkurier, 20.01.2019, <https://www.suedkurier.de/region/kreis-konstanz/konstanz/Die-gruene-Energie-Spritze-Beim-Neujahrsempfang-der-Gruenen-in-Konstanz-erntet-Claudia-Roth-viel-Applaus;art372448,10024958>.

Schulte, Ulrich, Glaubenskrieg um Globuli, 19.10.2019, <https://taz.de/Gruene-und-Homoeopathie/!5629256/>.

Siemons, Mark, China und der Westen : Die Zweiteilung der Welt, FAS, 24.05.2020, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/welche-bedrohung-die-abkoppelung-des-westens-von-china-birgt-16782728.html>.

Stammen, Theo, Systematische Einführung, in: Theo Stammen u.a., Programme der politischen Parteien in Deutschland, München 1996, S. 11-53., S. 26.

Switek, Niko, Bündnis 90/Die Grünen, Koalitionsentscheidungen in den Ländern, Baden-Baden 2015, S. 110.

Talshir, Gayil, A Threefold Ideological Analysis of Die Grünen: From Ecologized-Socialism to Political-Liberalism?, Journal of Political Ideologies 8 (2), 2003, S. 157-184.

Zinkant, Kathrin, Sind die Grünen Partei der Wissenschaft - oder nur wenn es passt?, SZ, 20.11.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/gruene-gentechnik-wissenschaft-1.5121155>.